

Merve Ayyildiz

Migrationspolitische Sprecherin

Mitglied des Ausschusses Wirtschaft und Frauen

Mitglied des Ausschusses Bildung und Integration



20. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Februar 2018

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 985: §219a - Wie stellt der Magistrat sicher, dass Frauen die nötigen Informationen und Beratung in Frankfurt erhalten?

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Danke schön! Die nächste Rednerin ist Frau Ayyildiz von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine Damen und Herren!

Dass Ärztinnen und Ärzte strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie darüber informieren, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, verweist noch einmal darauf, dass ich Ihnen allen zwar gerne ein frohes Neues wünschen würde, wir im Jahre 2018 doch immer noch unter dem Staub gesellschaftlich längst überholter Gesetzeslagen leben, und somit ein frohes Neues gelogen wäre, wenn wir uns in der gegenwärtigen Reproduktion des unerfreulich Alten wiederfinden.

(Beifall)

Entgegen des konservativen Gesellschaftsbildes ist aus linker Perspektive das Selbstbestimmungsrecht umfassend zu gewährleisten. Daher betonen auch wir den zumindest notwendigen Ausbau eines übersichtlichen Informations- und Beratungsangebotes der Stadt Frankfurt. Dass man dieses Entscheidungsrecht strukturell noch auszuhöhlen, zu beschränken oder zu sabotieren versucht, durch Gesetzeslagen, mangelhafte Informationen und das Androhen von Strafen, wenn man sich darüber informiert, wo man entsprechende Praxen findet, zeigt uns nur noch einmal, dass das Recht auf den eigenen Körper der Frau selbst in auch so fortschrittlichen Gesellschaften infrage gestellt wird.

Jeder Frau sei es selbst überlassen, über ihren Körper zu entscheiden. Und solange dies nicht selbstverständlich ist, ist der sogenannte Fortschritt moderner Gesellschaften auch bloß eine Farce.

Danke schön!